

Leistungsfähiger Justizvollzug ist unser gemeinsames Ziel

Austausch mit Staatssekretärin Heß zur Haushaltsaufstellung

Im Zuge der Haushaltsaufstellung sollten erst im Dialog mit den Anstalten Einsparpotenziale festgestellt werden, daraus sollten Kürzungen abgeleitet werden- nicht umgekehrt. Das war unsere Ausgangsposition im Gespräch mit Staatssekretärin Birgit Heß am 18.08.2026 im Kieler Justizministerium, zu dem sie Henry Malonn, Nicole Knapp und Jörg Stüben auf Anfrage des BSBD Landesvorstandes empfing.

Der Titel für Fortbildungen soll 2027 um die Hälfte eingekürzt werden. Dazu passt, dass dem Vollzug das Jugendfeuerwehrzentrum bekanntermaßen nicht mehr für zweitägige Fortbildungen zur Verfügung stehen wird. Dabei aber widersprüchlich: Das MJG hat angekündigt, bis zum September 2026 Alternativen zu prüfen. Fraglich ist, wie (zweitägige) Fortbildungen im derzeitigen Umfang überhaupt finanziert werden können. Es bedarf aus unserer Sicht einer mittelfristigen und transparenten Planung, welche Fortbildungen unbedingt erhalten bleiben sollten, sodass haushalterisch zielgerichtet reagiert werden kann. Dabei müssen die Anstalten unbedingt beteiligt werden, da auch anstaltsinterne Angebote, insbesondere die etablierten „Abteilungsfortbildungen“ von Sparmaßnahmen betroffen sein dürften.



v.l.n.r.: Nicole Knapp, Jörg Stüben, Henry Malonn (alle BSBD), Birgit Heß (Staatssekretärin), Wolfgang Reichel (Abteilungsleiter Justizvollzug)

Gleicher Grundsatz gilt für die Mittel für den Arbeitsschutz und das betriebliche Gesundheitsmanagement. Zwar werden die Mittel reduziert, welche Maßnahmen dafür ggf. wegfallen sollen, bleibt jedoch offen. Konkrete Lösungen erschließen sich auch aus den Erläuterungen nicht.

Nicht nur Kürzungen sind vorgesehen: Der Ansatz von Ausgaben für private Sicherheitsdienste wurde nahezu verdoppelt. Dabei sollen externe Dienstleister nicht nur die Beaufsichtigung von Baumaßnahmen übernehmen, sondern auch Personalengpässe im Zuge der Erweiterung der Haftplatzkapazitäten abfedern. Wir sagen klar NEIN zu jeder, wenn auch nur ansatzweisen, „Privatisierung“ des Justizvollzuges. Erleichternd: Heß und Reichel stimmten vollumfänglich zu. Es kann sich nur um zeitlich befristete Abhilfen bis zur Personalaufstockung, etwa durch sich im Vorbereitungsdienst befindliche Anwärterinnen und Anwärter, handeln. Die Staatssekretärin nutzte die Gelegenheit, um ihren ausdrücklichen Dank und ihre Wertschätzung den Vollzugsbediensteten gegenüber auszudrücken: Verantwortungsvolle, eingreifende Tätigkeiten müssen in den Händen von Hoheitsträgern bleiben. Dennoch werden wir, sofern wir Tendenzen erkennen, die auf Etablierung privater Sicherheitsdienste schließen lassen, immer wieder auf unsere klare Position hinweisen.

Die Kürzungen für die Seelsorge und freie Träger für Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen wurden ebenfalls thematisiert- auch hier braucht es Absprachen mit den Anstalten, die ihre individuellen Bedarfe am besten kennen. Insgesamt können wir von einem offenen und konstruktiven Gespräch berichten und freuen uns auf den weiteren Austausch zur Haushaltsplanung.